



(Foto: GenLt a.D. Kersten Lahl)

Das so breite wie intensive Engagement in Afghanistan dauerte 20 Jahre und wurde nun abrupt beendet. Im Ergebnis ist von einem weitgehenden Scheitern der internationalen und damit auch deutschen Anstrengungen zu sprechen, dies mit Konsequenzen auch weit über das Land am Hindukusch hinaus. Umso drängender sind spätestens jetzt die Fragen nach Ursachen, Gründen und Folgen – Fragen, die schonungslos offen und selbstkritisch zu beantworten sind und nur so zu brauchbaren Lehren führen können. Im Mittelpunkt kommt es dabei auf zwei Aspekte besonders an: Zum einen auf die Prüfung, ob und inwieweit die Prämissen einer vernetzten Sicherheitspolitik, die militärische und zivile Akteure sinnvoll miteinander verzahnt, in der Realität gegriffen haben. Und zum anderen auf die Analyse, ob a priori die strategischen Ziele des Einsatzes unter den gegebenen Bedingungen überhaupt eine Chance hatten, realisiert zu werden. Von den erforderlichen Antworten hängt es unter anderem ab, wie die Bundeswehr künftig ausgerichtet und aufgestellt werden sollte.

Generalleutnant a.D. Dipl.-Kfm. Kersten Lahl war – nach einer über 40-jährigen soldatischen Laufbahn – der Präsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS) und analysiert seither die zentralen Felder der deutschen und europäischen Sicherheitspolitik. Er ist unter anderem Vorstandsmitglied in der Gesellschaft für Sicherheitspolitik e.V. (GSP).

Nichts ist einfach nach Afghanistan – Lehren dringend gesucht

Eine ganze Generation ist es jetzt her, als eine neue Zeitrechnung in der globalen Sicherheitspolitik begann. Vor genau 20 Jahren haben die Terrorangriffe von 9/11 etwas bewirkt, was bis dahin unvorstellbar schien. Seither weiß man: Wenn die größte Supermacht der Welt einen derartigen Stich mitten ins Herz erleidet, dann muss der Begriff „Sicherheit“ neu definiert werden. Und zwar für alle.

Von daher war es mehr als folgerichtig, dem Kampf gegen den internationalen Terrorismus höchste Priorität zuzumessen und sich dabei mit den USA solidarisch zu zeigen. Die ganze freie Welt wurde angegriffen und muss daher auch gemeinsam handeln, so lautete die Kernbotschaft. Konkret bedeutete das zunächst: Der Bande rund um Al Qaida verwehren, aus einem sicheren Hafen namens Afghanistan ihr perfides Werk fortzusetzen.

Sicherheitspolitisch lässt sich das so umschreiben: Vordringlich ging es darum, mit dem Kampf gegen das Terrornetzwerk am Hindukusch eine unmissverständlich starke Reaktion

zu zeigen. Im Fokus standen dabei militärische, also sehr robuste Mittel – was sonst? Dieses kurzgesteckte Ziel wurde rasch und eindrucksvoll genommen. Und mehr noch: Seit dem 11. September 2001 ist von Afghanistan aus kein internationaler Terroranschlag mehr geplant worden. Bisher zumindest.

Prävention als zentrale Aufgabe

Aber die unmittelbare Reaktion würde – so die allgemeine Einschätzung – kaum hinreichen, um Wiederholungen vorzubeugen und auch weitere Risiken für die internationale Gemeinschaft einzudämmen. Die reine Reaktion müsse zwangsläufig durch geeignete Maßnahmen zur Prävention ergänzt werden, dies im Interesse aller Beteiligten. Auf Afghanistan bezogen begründete diese Erkenntnis im Einklang mit dem Petersberger Abkommen vom Dezember 2001 das Ziel, das zerrüttete Land am Hindukusch im Inneren zu stabilisieren und in seiner Entwicklung so zu unterstützen, dass es wieder als vertrauenswürdiges Mitglied in der Völkergemeinschaft Akzeptanz findet.

Diese eher auf längerfristige Wirkung angelegte Perspektive des Nation Building bedarf ebenfalls militärischer Instrumente. Das klingt logisch. Denn so wie oft es keine Sicherheit ohne Entwicklung gibt, so gibt es erfahrungsgemäß auch keine Entwicklung ohne Sicherheit. Dennoch: Mit Blick auf dieses weiterreichende und letztlich entscheidende Ziel waren nicht so sehr Streitkräfte gefragt, sondern vor allem zivile Mittel. Dem Militär – so die nachvollziehbare Theorie, die in der konkreten Praxis freilich nur bedingt umgesetzt wurde – kann hier nur eine eher flankierende Rolle zukommen. Die schwierige Aufgabe des geordneten Aufbaus eines fragilen Staates lässt sich schlichtweg nicht robust erzwingen, sondern bringt vor allem andere, also nicht-militärische Instrumente vernetzter Sicherheitspolitik ins Spiel – von der Diplomatie über Entwicklungsprojekte bis hin zur Unterstützung etwa von Recht und Verwaltung.

Man muss gar nicht so weit gehen und den beteiligten Nationen den Versuch unterstellen, eine Demokratie nach westlichem Vorbild schaffen zu wollen, wie es oft überzeichnet gemutmaßt wurde. Denn das wäre in der Tat illusionär, denn immerhin handelt es sich um eine fremde Kultur am Hindukusch mit substanziell eigener Prägung. Aber fest steht: Ohne eine Grundstabilität in einem innerafghanischen Gemeinwesen, also ohne ein Mindestmaß an Sicherheitsgefühl für die Menschen und Institutionen vor Ort kann eine sinnvolle und wünschenswerte Entwicklung hin zum Besseren nicht gelingen. Und genau daher hat sich die Bundeswehr gemeinsam mit zeitweise bis zu 50 anderen Nationen zwei Jahrzehnte lang nach bestem Können und Wollen eingesetzt. 59 ihrer Soldaten sind in diesem Einsatz gefallen, haben ihr Leben verloren.

Ohne Bilanz kein Fortschritt

Jetzt, nach zwei Jahrzehnten enormer Anstrengungen und dem Ende hoher Erwartungen muss endlich eine so ehrliche wie schonungslose Bilanz gezogen werden. Wann sonst? Notgedrungen geht es nun um eine abschließende Bewertung, die durch den unerfreulichen Gang der Geschichte geradezu aufgezwungen wird. Denn der unbegreifliche Kollaps der ja durch uns ausgebildeten und ausgerüsteten sowie zahlenmäßig keineswegs schwachen afghanischen Sicherheitskräfte, der ungebremsste Siegeszug der Taliban durch die Regionen bis nach Kabul und die erschütternden Evakuierungsszenen am dortigen Flughafen, die fatal an Vietnam 1975 erinnern, lassen wenig Zweifel: Die Mission Afghanistan ist nicht nur abgeschlossen, sondern endet letztlich auch deprimierend erfolglos. Die ganze Völkergemeinschaft ist quasi verjagt worden, so drastisch muss man das wohl sagen. Entsprechend harsch sind die Wertungen in Presse und Öffentlichkeit: Von Illusion und naivem Selbstbetrug bis hin zu Disaster und Totalversagen ist da alles dabei.

Um es gleich zu betonen: Die Bilanz betrifft zwar auch, aber keineswegs primär die

militärischen Anstrengungen. Sondern sie bezieht sich auf alle Akteure und Instrumente, die ständig oder auch nur zeitlich begrenzt in einer Verantwortung oder Teilverantwortung in Afghanistan standen. Und sie muss dabei alle Phasen des zwanzigjährigen Engagements, also die auf der Zeitachse sehr unterschiedlichen Herausforderungen am Hindukusch beleuchten. Es geht dabei um zweierlei: Zunächst um die rückblickende Evaluation des Gesamtergebnisses und der einzelnen strategischen Weichenstellungen samt Umsetzung. Und parallel dazu um die selbstkritische Analyse eines jeden militärischen oder nicht-militärischen Akteurs mit Blick auf seinen eigenen Beitrag.

Vernetzte Sicherheitspolitik im Fokus

Eine Schlüsselstellung kommt dabei dem – verbal – unbestrittenen Ansatz einer vernetzten Sicherheitspolitik zu. Denn diese kann nur dann einen Ertrag bringen, wenn sie richtig verstanden und sinnvoll angewendet wird. Mit anderen Worten: Das Gebot der Vernetzung darf nicht zu einem reinen Schlagwort oder gar Schutzschild verkommen, um von eigenen Versäumnissen oder Fehlern abzulenken. Es darf nicht schwierige Aufgaben verkomplizieren und Verantwortungen vernebeln. Sondern es muss Kräfte bündeln, diese sinnvoll koordinieren und auf ein gemeinsames Ziel strategisch ausrichten. Es muss Synergien schaffen, Richtungen vorgeben und damit letztlich vereinfachen.

Auch wenn sich Vergleiche zwischen Sport und Krieg eigentlich verbieten, so lässt sich das Prinzip recht eingängig am Beispiel Fußball erläutern: Es kommt nicht nur auf die Qualität der einzelnen Spieler an (manchmal schon, aber das ist eher nicht die Regel), sondern sehr viel mehr auf eine ausgewogene Balance innerhalb der Mannschaft. Elf Messis hätten wohl ebenso keine Chance wie elf Neuers. Erfolgreiche Teams brauchen exzellente Einzelkötter auf allen Positionen, aber dazu eben eine durchdachte Mischung unterschiedlichen

Könnens. Sie brauchen einen pfiffigen Plan, um als Mannschaft die speziellen Fähigkeiten nach Raum und Zeit um- und durchzusetzen. Sie brauchen Ausgewogenheit zwischen Offensive und Defensive. Und sie brauchen ein Teambewusstsein, in dem jeder einzelne Spieler nicht seinen eigenen Marktwert, sondern vor allem das Ganze im Auge hat.

Ganz ähnlich verhält es sich bei der vernetzten Sicherheit. Die Leistungen einzelner Akteure können noch so bravourös sein: Wenn die übergreifende Strategie und die Kooperation zwischen allen Beteiligten nicht stimmen, lähmt das die angestrebte Wirkung. Anders ausgedrückt gilt gerade in der Sicherheitspolitik: Das Ganze ist mehr als die Summe der Teile. Das geordnete und zielgerichtete Zusammenwirken entscheidet. Und ganz wichtig: Man gewinnt und verliert immer gemeinsam. Das zu erkennen und entsprechend zu handeln, darf eigentlich nicht allzu schwer sein. Das möchte man zumindest meinen ...

Damit zurück zu Afghanistan und dem Ende mit Schrecken dort. Die mittelfristigen Perspektiven sind mehr als diffus – von der Menschenrechtslage unter der Steinzeitherrschaft der Taliban in dem Land selbst bis hin zu den Konsequenzen für die ganze Region von Indien über Pakistan bis zum Iran, in der zudem nukleare Ambitionen den Pulverfasscharakter verstärken. Aber auch darüber hinaus wird das jüngste Debakel am Hindukusch nachwirken: Mächte wie China und Russland versuchen zu profitieren, und zugleich drohen gefühlte Verlässlichkeit und Vertrauen sogar innerhalb des Bündnisses in Teilen zu erodieren.

Kein Zweifel: Das alles zwingt ohne Hektik, aber auch ohne Aufschub zu einer schonungslosen Analyse, was denn nun konkret schiefgelaufen ist in den zwei Jahrzehnten der Mühen, die sich nun final als insgesamt eher vergeblich erweisen. Alles muss auf den Prüfstand einer offenen Debatte – auch wenn so manches dabei ungemütlich wird. Aber wenn nun jeder versuchen wollte, auch im Nachgang die eigenen

Leistungen zu glorifizieren und eigene Schwächen zu kaschieren, dann kann niemals ein fruchtbarer Lernprozess eintreten. Einen solchen brauchen aber die deutsche, europäische und transatlantische Sicherheitspolitik. Denn die Risiken der absehbaren Zukunft sind alles andere als geringer geworden. Und dies betrifft nicht nur, aber auch Szenarien, die dem afghanischen nicht unähnlich sind und daher immense Auswirkungen auf Terrorismus, Flüchtlingsbewegungen, Wahrung der Menschenrechte oder das Ringen um lebenswichtige Ressourcen haben.

Die Gretchenfrage: Lösbare oder unlösbare Aufgabe?

Am Beginn einer so schonungslosen wie selbstkritischen Analyse der 20 Jahre am Hindukusch muss die Grundfrage stehen: Haben wir „nur“ etwas falsch gemacht, oder waren unsere Ansprüche von Beginn an weit überhöht und damit kaum realisierbar? Die Antwort darauf ist von entscheidender Bedeutung mit Blick auf das, was als zentrale Lehre aus dem Afghanistan-Engagement gezogen werden kann. Denn im ersten Fall hieße das: Wir müssen „nur“ unseren sicherheitspolitischen Werkzeugkasten und die taktischen Abläufe verbessern, um künftig erfolgreicher zu sein. Im zweiten Fall hingegen wäre zu folgern: Wir müssen uns einfach zugestehen, dass es strategische Ambitionen gibt, von denen wir mangels Erfolgsaussichten oder mangels eigener Durchhaltefähigkeit besser die Finger lassen.

Konkreter ausgedrückt, stehen im Fall 1 etwa folgende Fragen auf dem Prüfstand: Hat in Afghanistan immer die Balance zwischen Auftrag und Mitteln gestimmt? Waren wir zu halbherzig in der Zielverfolgung? Gab es eklatante Mängel in der Informationsweitergabe und damit der Gewinnung eines zutreffenden Lagebildes über die verschiedenen Hierarchien hinweg? Bestimmten Wunschenken und öffentliche Kommunikationsstrategien allzu sehr unser Vorgehen? Funktionierte die Kooperation zwischen militärischen und zivilen Akteuren auf

allen Ebenen? Spielten nationale Interessen in dieser multinationalen Gemeinschaftsaufgabe eine das Ganze lähmende Rolle? Beeinflusste die öffentliche Meinung in Deutschland allzu sehr das, was operativ eigentlich notwendig war? Mangelte es vielleicht lediglich an strategischer Geduld? Und so fort. Die Liste ist lang, sehr lang.

Etwas anders lauten die Fragestellungen, wenn man wie im Fall 2 die generelle Erreichbarkeit der übergreifenden Ziele am Hindukusch auf den Prüfstand stellt: Lassen sich „militärische Stabilisierungsoperationen“ in fremden Kulturen mit fremder Sprache, verkrustetem Machtgefüge und fehlendem staatlichen Bewusstsein überhaupt erfolgreich gestalten? Kann man mit robusten Mitteln „die Herzen und die Köpfe“ der Bevölkerung vor Ort gewinnen, ohne Gefahr zu laufen, früher oder später – ungewollt – das Etikett eines Besatzers angeheftet zu bekommen? Ist es vergleichsweise einfach, ein militärisches Engagement in derart fragilen Staaten zu beginnen, aber um ein Vielfaches schwieriger, es zu erträglichen Kosten wieder zu beenden? Lassen sich unsere Auffassungen von Rechtsstaat, von Demokratie, von Gleichberechtigung und von Menschlichkeit eins zu eins auf andere Völker mit völlig anderem historischen, kulturellen und wirtschaftlichen Hintergrund übertragen? Müssen wir akzeptieren, dass gezieltes Eintreten für Humanität, Demokratie und entsprechende Werte mancherorts als aufgezwungen empfunden wird und a priori Ablehnung erfährt? Auch hier ließe sich der Fragenkatalog unschwer erweitern.

Die weitergehende Gretchenfrage: Was muss die Bundeswehr können?

In übergreifender Perspektive kommt noch etwas Entscheidendes hinzu: Die Frage nach den generellen Erfolgsaussichten militärischen Engagements in fernabgelegenen Krisenregionen besitzt fundamentale Bedeutung mit Blick darauf, wie Deutschland seine Sicherheitsvorsorge künftig ausrichten sollten. Denn die

militärischen Ressourcen sind endlich, um diese profane ökonomische Weisheit zurückhaltend auszudrücken. Der Einsatz der Bundeswehr am Hindukusch hat nicht nur menschliche Opfer gebracht und enorme Kosten verursacht. Sondern er hat über zwei Jahrzehnte hinweg auch das Gesicht der Streitkräfte geprägt. Er hat massive Investitionen erforderlich gemacht, einschneidende Strukturänderungen verursacht und fundamentale Ausbildungsschwerpunkte neu gesetzt – bzw. anderes zwangsläufig vernachlässigt. Dies alles für einen nachvollziehbar angestrebten, aber letztlich ausgebliebenen Erfolg in Afghanistan. Und zugleich mit langfristigen Folgen vor dem Hintergrund der Erkenntnis, dass Streitkräfte sich nicht kurzfristig umgestalten lassen.

All das steht – ob man es will oder nicht – zumindest zum Teil in einer Konkurrenz zu dem, was in der Landes- und Bündnisverteidigung eigentlich nötig ist. Es spricht viel für die These, dass die seit Jahren extrem unbefriedigende Lage der Bundeswehr nicht zuletzt auch darin ihre Ursache hat. Die Truppe ist schlicht überfordert mit dem breiten Spagat zwischen internationaler Krisenbewältigung einerseits und der eigentlichen Hauptaufgabe, dem bündnisgemeinsamen Verteidigungsauftrag andererseits. Letzterer tritt (hoffentlich) sehr viel weniger wahrscheinlich ein, das ist wahr. Aber zugleich duldet er aufgrund der enormen Risiken für ganz Europa, die eine militärische Auseinandersetzung zwischen hochgerüsteten Staaten entfalten würde, keine Abstriche. Die plakative Weisheit, die jeder Truppenführer kennt und beachtet, darf nicht übersehen werden: Wer überall stark sein möchte, ist letztlich überall schwach. Genau das macht die Entscheidung für einen klaren Schwerpunkt so unerlässlich, taktisch wie strategisch. Eine postulierte Gleichrangigkeit von Aufgaben steht dieser Logik wiederum schlichtweg entgegen.

Bereits am Beginn eines jeden intensiveren Engagements fernab Europas sollte also die von

Illusionen befreite Analyse stehen, inwieweit Aufwand und realistisch erwartbares Ergebnis in einem vernünftigen Verhältnis stehen. Neben dem Streben nach dem Wünschenswerten bedarf es auch nüchterner Pragmatik im Sinne strategischer Sicherheitsvorsorge. Eine breite, offene und ehrliche Aufarbeitung der langjährigen Anstrengungen am Hindukusch kann da wertvolle Hinweise geben. Das Beispiel Afghanistan hat gezeigt, wie schnell eine Spirale des eigenen Aufwandes entstehen kann, der man sich ohne Gesichtsverlust dann kaum noch entziehen kann. Das Resultat ist oft verheerend – dies nicht nur mit Blick auf die jeweilige Krisenregion, sondern auch auf die Unterstützung in der eigenen Bevölkerung, auf den Zusammenhalt im Bündnis und auf die Reputation des Westens in einer Welt, die sich immer stärker polarisiert und in der unseren Vorstellungen von Recht und friedlichem Miteinander wachsender Widerstand entgegengebracht wird.

Bilanz mit Blick nach vorn überfällig

Die nüchterne Suche nach überzeugenden Lehren aus dem Debakel um Afghanistan beginnt damit erst so richtig. Sie ist überfällig, nicht erst vor dem Hintergrund des jüngsten Debakels. Sie ist gewiss unbequem, aber darf gerade deswegen nicht ad acta gelegt werden. Gefragt ist dabei vor allem auch ein unabhängiger, unbefangener Blick von außen, um partikulare Eigeninteressen einzuhegen, die in einer Bilanzierung selbstredend bestehen. Das profunde Wissen der Akteure ist wichtig, dies aber genauso wie eine neutrale Bewertung von außen. Das Grundverständnis muss dabei lauten: Es geht nicht um Schuldzuweisungen ex post, sondern um Folgerungen mit Blick nach vorn – von der taktischen bis hin zur strategischen Ebene. Denn leider liegt eine sicherheitspolitische Prognose bereits auf der Hand: Nichts ist einfach nach Afghanistan.

Bisher erschienen:

GSP-Einblick 1/2020, März: „Dr. Hans-Peter Bartels im GSP-Interview“ von Prof. Dr. Johannes Varwick

GSP-Einblick 2/2020, April: „Afrika und die Corona-Krise“ von Prof. Dr. Robert Kappel

GSP-Einblick 3/2020, Mai: „Die Corona-Krise und die globale Ordnung“ von Dr. Ulrich Speck

GSP-Einblick 4/2020, Mai: „Die Corona-Virus-Krise als kritischer Wendepunkt für die Welt und die Ukraine“ von Pavlo Klimkin und Dr. Andreas Umland

GSP-Einblick 5/2020, Mai: „Die neue nukleare Frage – eine Antwort auf Rolf Mützenich“ von Prof. Dr. Joachim Krause

GSP-Einblick 6/2020, Mai: „Nichtverbreitung von ABC-Waffen: Die Tiefe Krise des Multilateralismus“ von Dr. Oliver Thränert

GSP-Einblick 7/2020, Juni: „Weltordnung, Pandemien und Sicherheitspolitik“ von Prof. Dr. Johannes Varwick

GSP-Einblick 8/2020, Juni: „Der Aufstieg Chinas – Konsequenzen für die Sicherheitspolitik“ von Christiane Heidbrink, M.A.

GSP-Einblick 9/2020, Juli: „Frühling der Autokraten“ von Dr. Ulrich Speck

GSP-Einblick 10/2020, Oktober: „„Out-of-area“-Einsätze der Bundeswehr und die deutsche Verfassungsordnung“ von Roger Näbig

GSP-Einblick 11/2020, Oktober: „Weshalb Deutschland die NATO braucht“ von Generalleutnant a.D. Heinrich Brauß und Dr. Ulrich Speck

GSP-Einblick 12/2020, November: „Raus aus der Sackgasse: NATO und Russland brauchen Neuansatz“ von Sophie-Eileen Gierend

GSP-Einblick 13/2020, November: „Nord Stream 2 im Zangengriff der Sanktionsbefürworter“ von Dr. Norbert Eitelhuber

GSP-Einblick 14/2021, März: „Zur Außenpolitik der Biden-Administration“ von Prof. Dr. Stefan Fröhlich

GSP-Einblick 15/2021, November: „Nichts ist einfach nach Afghanistan – Lehren dringend gesucht“ von Generalleutnant a.D. Kersten Lahl



Bitte beachten Sie auch unseren [YouTube-Kanal](#).

Die **GSP** ist die **älteste** und **größte sicherheitspolitische Vereinigung Deutschlands** und bundesweit sowie in vielen Schichten der Gesellschaft präsent. Mit über **6000 Mitgliedern** in sieben Landesbereichen und über **70 Sektionen** diskutieren und vermitteln wir **Sicherheitspolitik** deutschlandweit – **gehaltvoll, sachkundig, parteiunabhängig, ideologiefrei, bunt** und mit **Herzblut**.

Präsident der GSP und presserechtlich verantwortlich ist Prof. Dr. Johannes Varwick; Redaktion: Fabian Schlüter B.A.

GSP-Einblick* ISSN 2701-4088

Gesellschaft für Sicherheitspolitik e.V.

Geschäftsstelle Bonn
Wenzelgasse 42
53111 Bonn
T +49 (0)228 652556
geschaeftsstelle@gsp-sipo.de

Berliner Büro
Reichstagufer 14
10117 Berlin
praesidenten-buero@gsp-sipo.de

Abonnieren Sie auch unseren Newsletter
und unsere Social-Media-Kanäle!

 www.gsp-sipo.de/wir-ueber-uns/newsletter
 www.gsp-sipo.de
 www.twitter.com/gsp-sipo
 www.facebook.com/GSPSipo